

Kurz berichtet

Strobl bleibt dabei: Kein „Spurwechsel“ für Asylbewerber

STUTTGART (lsw) - CDU-Bundesvize Thomas Strobl hat seine ablehnende Haltung zu einem „Spurwechsel“ von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt bekräftigt. Zugleich versprach er am Freitag aber, den Unternehmen zu helfen, den Fachkräftemangel anzugehen.



Thomas Strobl
FOTO: RASEMANN

Bereits heute gebe es die „Drei-plus-Zwei-Regel“, sagte er. Sie besagt, dass Asylbewerber während einer dreijährigen Ausbildung nicht abgeschoben werden dürfen und weitere zwei Jahre bleiben dürfen, wenn sie nach der Ausbildung im Betrieb bleiben. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei vereinbart, dass diese Regelung auf Helferberufe ausgeweitet werde. Auch das im Bund geplante Zuwanderungsgesetz werde helfen, dass die Unternehmen die Arbeitskräfte bekämen, die sie bräuchten und wollten, sagte Strobl. Hingegen

könne ein „Spurwechsel“ dazu führen, dass sich Schlepper so eine neue Regelung zunutze machten. Im Asylrecht komme es heute nur darauf an, ob jemand verfolgt werde und Schutz brauche – und nicht darauf, ob jemand auf dem Arbeitsmarkt nützlich sei. „Diese klare Haltung ist unsere menschliche und christliche Pflicht. Ich will nicht, dass dieses hohe Recht irgendwie verwässert wird“, sagte Strobl, der auch Vize-Regierungschef, CDU-Vorsitzender und Innenminister in Baden-Württemberg ist.

Die SPD fordert, abgelehnten Asylbewerbern auch dann eine Arbeitsperspektive zu geben, wenn sie ein langes Asylverfahren hinter sich haben. SPD-Bundeschefin Andrea Nahles hatte gesagt, so einen „Spurwechsel“ werde ihre Partei in der Bundesregierung durchsetzen.

AfD scheitert mit Antrag auf Sondersitzung des Landtags

STUTTGART (lsw) - Die AfD ist mit dem Ansinnen gescheitert, eine Sondersitzung des Landtagspräsidiums wegen Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) einzuberufen. „Dem Antrag auf eine in der Sommerpause anzuberaumende Sondersitzung konnte auf Basis der vorgetragenen Begründungen nicht entsprochen werden“, teilte eine Sprecherin der Landtagsverwaltung am Freitag mit. Aras werde aber den AfD-Fraktionsvorstand auf dessen Wunsch hin zu einem Gespräch einladen. Die AfD hatte die Sondersitzung wegen angeblicher Inkompetenz und angeblichen parteiischen Auftretens von Aras beantragt.

Bildungsausschuss befasst sich mit Zukunft von Ella

STUTTGART (kab) - In der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses des Landtags am 20. September soll sich Iteos, der Entwickler der Bildungsplattform Ella, den Fragen aller Fraktionen stellen. Siegfried Lorek (CDU) fordert, die Sitzung öffentlich zu machen. Die grün-schwarzen Regierungsfaktionen haben getrennte Gesprächseinladungen von Iteos für sich am 31. August und für die Oppositionsfraktionen drei Tage später abgelehnt. Die Grünen wollen aber vor der Sitzung noch allein mit Iteos sprechen. Bis kommenden Freitag erwarten Kultus- und Innenministerium von Iteos einen Vertrag mit der US-Firma Veritas, um die pannenbehaftete Bildungsplattform doch noch an den Start zu bringen. Auf Anfragen, ob dies gelingt, hat Iteos bislang nicht reagiert.

21-Jähriger blendet Pilot bei Landeanflug auf Memmingen

BAD WURZACH (lby) - Nach einer Blendattacke mit einem Laserpointer auf ein Flugzeug ermittelt die Polizei in Bad Wurzach (Landkreis Ravensburg) gegen einen 21-Jährigen. Dieser habe am Donnerstagabend von einem Parkplatz aus mit einem grünen Laserlicht den Piloten eines Flugzeuges geblendet, teilten die Ermittler am Freitag mit. Die Maschine befand sich laut Polizei im Landeanflug auf den Flughafen Memmingen. Verletzt wurde niemand, der Pilot konnte das Flugzeug sicher landen.

Regierung noch uneins im Umgang mit Zwangsgeld

STUTTGART (lsw) - Die Landesregierung ist uneins über den Umgang mit einem gerichtlich festgesetzten Zwangsgeld wegen schlechter Luft im Stuttgarter Talkessel. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sprach sich am Freitag dafür aus, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu akzeptieren. „Wir wollen auf weitere Rechtsmittel verzichten“, sagte er. Vizeregierungschef Thomas Strobl (CDU) widersprach. „Es geht gar nicht, jetzt völlig unabgestimmt öffentlich mit einer Position vorzupreschen“, sagte Strobl. Er sehe nicht, warum man von vornherein auf Rechtsmittel verzichten sollte.

Ökopunkte sollen Biobauern belohnen

Verband und Agrarminister für Ausweitung des Ökokontos – Kritik von Umweltschützern

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Wer seine Landwirtschaft auf Bio umstellt, sollte dafür Ökopunkte bekommen. Das fordert Christian Eichert, Geschäftsführer des Bioland-Landesverbands, im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“. In anderen Bundesländern passiert das bereits. Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) unterstützt die Idee, Widerstand kommt indes von Umweltverbänden. Denn: „Biolandbau hat viele ökologische Vorteile, ersetzt aber nicht den Verlust von artenreichen Lebensräumen“, sagt Christine Fabricius vom BUND.

Seit 2011 gibt es in Baden-Württemberg eine Ökokonto-Verordnung, die derzeit überarbeitet wird. Diese hat einheitliche Regeln definiert, wie Eingriffe in die Natur – etwa beim Bau einer Straße – ausgeglichen werden können. Die Währung dafür sind Ökopunkte. Diese entstehen, wenn die Natur aufgewertet wird (siehe Kasten). Nicht aber, wenn ein Landwirt seinen Betrieb auf Bio umstellt. Christian Eichert vom Bioland-Landesverband versteht das nicht. Schließlich darf ein Biobauer etwa keine Pestizide und Mineraldünger einsetzen – für Eichert wertet das klar den Boden auf, schützt das Wasser und fördert die Artenvielfalt.

BUND fürchtet Mitnahmeeffekte

Andere Bundesländer wie Niedersachsen werten die Umstellung auf Bio-Landbau bereits als Ausgleich für Eingriffe in die Natur. Auch Bayern hat mit seiner Kompensationsverordnung 2014 diese Möglichkeit geschaffen.

Naturschützer sehen dies skeptisch. „Ich bin nicht begeistert von einer Ausweitung der Ökokonto-Verordnung“, sagt etwa Christine Fabricius vom BUND. „Das führt dazu, dass der Gedanke des Ausgleichs für die Natur aufgeweicht wird.“ Sie spricht von einem reinen Mitnahmeeffekt, da wohl kein Landwirt wegen Ökopunkten seine Bewirtschaftung umbauet. „Ich halte es für den besse-



Die Anpflanzung von Streuobstbäumen ist eine von mehreren Möglichkeiten, Ökopunkte zu sammeln.
FOTO: DPA

ren Weg, dass die Umstellung auf ökologischen Landbau wie bislang über das Landesprogramm Fakt gefördert wird. Dieses sollte dafür noch aufgestockt werden“, sagt Fabricius. Agrarminister Hauk verantwortet das Förderprogramm für Agrarum-

welt, Klimaschutz und Tierwohl (Fakt). Laut Ministerium werden derzeit 166 000 Hektar ökologisch bewirtschaftete Flächen aus diesem Topf bezuschusst. Wer seine Bewirtschaftung umstellt, bekommt zusätzlich zur regulären Förderung eine

Einführungsprämie. Der Ökoanteil an der landwirtschaftlichen Fläche liegt inzwischen bei knapp zwölf Prozent. Allein von 2016 auf 2017 ist die Zahl der Ökobetriebe um gut 1000 auf 8650 gestiegen. Etwas mehr als die Hälfte davon sind reine Streuobstbetriebe.

Trotzdem plädiert auch Hauk für die Ökopunkte-Idee – auch wenn dadurch staatliche Fördermittel wie Fakt wegfielen. So sieht es die Gesetzeslage vor, so ist es auch in Bayern. „Eine Kompensationsmaßnahme kann nicht gleichzeitig mit Förderprogrammen gefördert werden“, erklärt ein Sprecher des bayerischen Umweltministeriums.

Eine Art Ablasshandel

Der Agrarexperte der Grünen-Fraktion im Stuttgarter Landtag Martin Hahn entgegnet: „Das muss man sich juristisch anschauen, ob nicht zusätzliche Förderung möglich ist.“ Auch er zeigt sich überzeugt, dass Bauern Ökopunkte bekommen sollten. „Die Umstellung ist wichtiger für die ökologische Stabilität als Ausgleichsmaßnahmen im herkömmlichen Sinne“, sagt der Abgeordnete vom Bodensee.

Umweltverbände sehen in Ausgleichsmaßnahmen, die nichts mit Flächen zu tun haben, eine Art Ablasshandel. Was will Christian Eichert vom Bioland-Landesverband nicht gelten lassen. Schließlich würden oft Maßnahmen unterstützt, die nicht nachhaltig seien. „Da verdienen sich Leute eine goldene Nase, die Tümpel anlegen, nach denen spätestens nach fünf Jahren niemand mehr schaut.“

Der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser (CDU) kritisiert, dass die Systematik derzeit unlogisch sei. Verkauft ein Bauer eine Fläche, weil darauf gebaut werden soll, muss er mehr Ökopunkte zahlen, wenn die Fläche zuvor ökologisch bewirtschaftet war. „Wenn man bei der Entnahme aus der Bewirtschaftung unterscheidet, ob eine Fläche konventionell oder ökologisch bewirtschaftet wird, dann muss es auch einen Ökoausgleich geben, wenn ich von konventionell auf ökologisch umstelle.“ Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Waldemar Westermayer aus Leutkirch hat dies erlebt. Als sein Sohn den Betrieb übernommen hat, hat dieser auf Bio umgestellt. Kurz darauf wurde aus einer gepachteten Fläche ein Baugebiet. „Hätten wir noch einen konventionellen Betrieb gehabt, wären pro Quadratmeter vier Punkte angefallen. So waren es sechs Punkte“, sagt der Vorsitzende des Kreisbauernverbands Allgäu-Oberschwaben. „Da wäre es nur gerecht, wenn ich bei einer Umstellung auf ökologische Landwirtschaft Punkte bekäme.“

Der zuständige Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) lässt offen, ob er die Umstellung künftig mit Ökopunkten belohnen will. Eine Sprecherin verweist auf die Evaluation der Ökokonto-Verordnung, die noch nicht fertig sei. Der Abschlussbericht soll Ende des Jahres vorliegen.

Wie mit Punkten gehandelt wird

Im April 2011 ist in Baden-Württemberg die Ökokonto-Verordnung in Kraft getreten. Seitdem können Kommunen, Landwirte und jeder andere Grundbesitzer Ökopunkte erzeugen, indem sie etwa einen begradigten Bach renaturieren oder eine Wiese zugunsten der Artenvielfalt aufwerten. Der Bauer, der beispielsweise einen Acker in eine Streuobstwiese umwandelt, bekommt dafür Ökopunkte. Die kann er später selbst verwenden, wenn er Flächen verbraucht, oder verkaufen – etwa an ein Unternehmen, das an anderer Stelle eine neue Fabrik plant. Umweltverbände kritisieren an dem Tauschhandel, dass es zwischen den beiden Vorgängen keinerlei Bezug gibt.

Unternehmen wie die Flächenagentur Baden-Württemberg in Stuttgart handeln mit diesen Ökopunkten. Sie kaufen den Erzeugern die Punkte ab und verkaufen sie weiter. Wie viele Ökopunkte es gibt, ist pro Maßnahme sehr unterschiedlich, erklärt Geschäftsführer Manuel Sedlak. Wer eine brach liegende Streuobstwiese auf Vordermann bringt, kann mit 22 bis 53 Punkten pro Quadratmeter rechnen – je nach vorherigem Zustand der Wiese. Auch der Wert eines Ökopunkts ist nicht festgelegt. Die Spanne liege etwa bei 35 Cent bis einem Euro pro Ökopunkt, sagt Sedlak. Kommunen, die Baugebiete ausweisen, unterliegen nicht der Öko-

konto-Verordnung. Diese gilt nur für das naturschutzrechtliche Ökokonto. Kommunen unterliegen dem bauplanungsrechtlichen Ökokonto, das im Baugesetzbuch geregelt ist. Doch auch sie können freiwillig auf die Ökokonto-Verordnung umschwenken – etwa dann, wenn sie ein Baugebiet ausweisen wollen, aber keine Ausgleichsfläche finden. Da dies immer schwieriger wird, haben einige Städte und Kreise im Bereich Bodensee-Oberschwaben 2014 einen gemeinsamen Regionalen Kompensationspool geschaffen. So muss sich nicht jede Gemeinde selbst um einen Ausgleich für Eingriffe in die Natur kümmern. Auch größere Maßnahmen werden möglich. (kab)

Mesale Tolu wird am Sonntag in Stuttgart erwartet

Vater der Ulmer Journalistin freut sich auf die Rückkehr seiner Tochter – und des Enkelkinds

STUTTGART (dpa) - Nach ihrer Ankunft in Deutschland werden Mesale Tolu und ihr kleiner Sohn erst einmal beim Vater der jungen Frau in Ulm wohnen. Tolu soll am Sonntag am Stuttgarter Flughafen ankommen und will dort am späten Mittag auch Fragen von Journalisten beantworten. Dann geht es nach Hause zum Durchatmen.

Tulus Vater Ali Riza Tolu sagte der Deutschen Presse-Agentur am Donnerstag, er habe sich riesig über die Nachricht gefreut, dass seine Tochter ausreisen dürfe, aber: „Als Opa freue ich mich besonders darüber, dass mein Enkelkind in Deutschland nun in den Kindergarten gehen kann.“

Sein Enkel könne sich noch sehr gut an seine Zeit dort erinnern, sagte Ali Riza Tolu. „Im Kindergarten kann er sich psychisch erholen. Außerdem wird er da Deutsch lernen. Das war in der Türkei leider nicht möglich.“ Zu den Zukunftsplänen seiner Tochter sagte Tolu: „Womöglich wird sie weiterhin schreiben, unter anderem für eine österreichische Zeitschrift.“

Die deutsche Journalistin und Übersetzerin hatte in der Türkei 2017 monatelang wegen Terrorvorwürfen im Gefängnis gesessen – die türkische Justiz wirft ihr Unterstützung der verbotenen linksextremen Gruppe MLKP vor. Nach ihrer Freilassung im Dezember durfte sie nicht ausreisen. Dass sie nun doch außer Landes darf, geht wohl auf eine leichte Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen seit Beginn des Jahres zurück – aber besonders auf das Bedauern der Türkei, sich wieder an Europa anzunähern angesichts des Streits mit den USA, der das Land in eine Währungskrise gestürzt hat.

Seine Tochter, die zurzeit selbst bisher keine Interviews gibt, um mehr Zeit zu haben für die Abschiede von Familie und Freunden, wolle weiter in die Türkei reisen, sagte Ali Riza Tolu. Auch weil ihr Mann noch dort sei. Der ist ebenfalls wegen Terrorvorwürfen angeklagt, seine Ausreiseperrre wurde aber nicht aufgehoben.

Der Prozess gegen Mesale Tolu läuft auch in Abwesenheit weiter – der nächste Verhandlungstermin ist auf den 16. Oktober angesetzt.

Dank für Solidarität

„Man hat uns schwer zugesetzt und meine Familie gequält“, sagte Ali Riza Tolu. „Man hat uns zu Unrecht bestraft.“ Außerdem hätten die vergangenen Monate der Familie wegen der Anwaltskosten und Verdienstauffälle finanzielle Probleme beschert. „Deshalb will ich mich vor allem für die Solidarität bedanken, die wir von den Lehrern und Freunden von Mesale und vielen anderen Menschen bekommen haben“, sagte Tolu. Da habe die Familie „vor Schlimmerem“ bewahrt.

Cengiz Dogan vom Unterstützerkreis der Tulus in Ulm sagte, Ende August oder Anfang September werde es als Dankeschön für alle Unterstützer von Tolu ein Fest geben. Auch die Stadt Ulm will Tolu im Rathaus willkommen heißen.



Mesale Tolu darf die Türkei verlassen, ihr Mann Suat Corlu wird dort weiter festgehalten.
FOTO: DPA

TITAN®

TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

TITAN 4-Rollen-Bordtrolley „Limit“
Maße: 39 x 55 x 20 cm, Gewicht: 2,9 kg, Farbe: schwarz

Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4791445
4107641
4126819

AboKarte 2018 Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 29.08. anrufen oder mailen: 0751 2955-5555
Mo. bis Fr. von 7 bis 18 Uhr, Sa. von 8 bis 12 Uhr
lesertreue@schwaebische.de

Schwäbische Zeitung

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Wöchentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller,
Mitglied der Redaktion: Jochen Schlosser,
Politik: Claudia Kling, Wirtschaft: Benjamin Wagener,
Journal/Kultur: Barbara Miller, Sport: Filippo Cataldo,
Beilagen/Wochenende: Dirk Uthenbruch,
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,
Weingarten und Ulm

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaltiteldirektoren und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de